



2017/46 Thema

<https://jungle.world/artikel/2017/46/heiss hunger-nach-mehrarbeit>

Die Arbeitszeit wird immer länger

Heißhunger nach Mehrarbeit

Von **Axel Berger**

Die Verlängerung der Arbeitszeit steht derzeit ganz oben auf der Wunschliste von Wirtschaftsverbänden. Die Rente mit 63 könnte bald wieder abgeschafft werden.

Die Verlängerung der Arbeitszeit steht derzeit ganz oben auf der Wunschliste von Wirtschaftsverbänden. Die Rente mit 63 könnte bald wieder abgeschafft werden.
Von Axel Berger

Den Kampf der Klassen lediglich als einen um den Zugriff auf den gesellschaftlichen Reichtum, also um die Lohnhöhe, zu begreifen – das hat schon Karl Marx zurückgewiesen. Um die politische und ökonomische Macht des Kapitals zu bekämpfen, sei vor allem der Kampf um die durchschnittliche Arbeitszeit entscheidend: ein Kampf um die Reduzierung des »zur materiellen Produktion notwendigen Teils des gesellschaftlichen Arbeitstags« im Verhältnis zu dem »für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen« eroberten Zeitteil, wie es im ersten Band von »Das Kapital« heißt. Hier geht es um weit mehr als nur die Ausbeutbarkeit menschlicher Arbeitskraft. Es geht auch und vor allem um den Diebstahl der Lebenszeit der vielen und den Genuss derselben für die wenigen. Leider steht der Gewinner dieses Kampfes zumeist fest: »In der kapitalistischen Gesellschaft wird freie Zeit für eine Klasse produziert durch Verwandlung aller Lebenszeit der Massen in Arbeitszeit.«

Selbstverständlich sind der Abwälzung und der immer weiteren Verlängerung der Arbeitszeit Grenzen gesetzt. Dies sind zunächst physische. »Ein Mensch kann während des natürlichen Tags von 24 Stunden nur ein bestimmtes Quantum Lebenskraft verausgaben. (...) Während eines Teils des Tages muss die Kraft ruhen, schlafen, während eines anderen Teils hat der Mensch andere physische Bedürfnisse zu befriedigen, sich zu nähren, reinigen, kleiden und so weiter«, schreibt Marx in dem Kapitel seines Hauptwerks, das sich explizit mit dem »Arbeitstag« beschäftigt. Und weiter: »Außer dieser rein physischen Schranke stößt die Verlängerung des Arbeitstags auf moralische Schranken. Der Arbeiter braucht Zeit zur Befriedigung geistiger und sozialer Bedürfnisse, deren Umfang und Zahl durch den allgemeinen Kulturzustand bestimmt ist. Die Variation des Arbeitstags bewegt

sich daher innerhalb physischer und sozialer Schranken. Beide Schranken sind aber elastischer Natur und erlauben den größten Spielraum.«

Was Marx hier anhand des Arbeitstags entwickelt, gilt selbstverständlich auch für alle anderen Zeiteinheiten. Die ausbeutbare Menge wertschöpfender Arbeitszeit liefert erst den Rahmen für die Kämpfe um deren Preis und damit die Anteile am gesellschaftlichen Reichtum zwischen den Klassen. Die Länge der Arbeitszeit bestimmt, welche Menge an Wert überhaupt in Mehrwert zu überführen ist. Die Reproduktionskosten der arbeitenden Menschen können nicht beliebig gesenkt werden, so muss doch zumindest ihr Überleben gesichert werden. Die historisch-moralischen Umstände desselben, also der des als allgemein anerkannten Lebensstandards, kann ebenfalls nicht ohne die Brechung erheblicher Widerstände beliebig und kurzfristig fundamental in Frage gestellt werden. Hier liegt der Kern aller Rentendebatten: Wie lange kann menschliche Arbeitskraft ausgebeutet werden? Während der Tag nur 24 Stunden hat, so bietet der Anstieg der Lebenserwartung den Unternehmern und den diversen Funktionären des Kapitalverhältnisses Zugriffsmöglichkeiten, deren Grenzen alle Jahre wieder in Frage gestellt werden.

Zurzeit geschieht dies hierzulande durch die geballte und parteiübergreifende Macht der Wirtschaftsforschungsinstitute. In den vergangenen Monaten haben die Ökonomen des Münchner Ifo-Instituts, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung, des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) die Eröffnung der Debatte um die Erhöhung des regulären Renteneintrittsalters von 67 auf mittelfristig 70 Jahre gefordert. Nach der Fernsehdebatte der Kanzlerkandidaten, in der Bundeskanzlerin Angela Merkel eine solche Erhöhung kategorisch ausgeschlossen hatte, waren die Forderungen lauter geworden. Vor allem CDU-Politiker wie Wolfgang Schäuble oder Jens Spahn haben sie begierig aufgegriffen. Auch ihre kommenden Regierungspartner aus FDP und Grünen fordern schon seit längerem eine »Flexibilisierung« des Renteneintrittsalters. Umstritten bleibt lediglich weiterhin, ob das Rentenniveau stabilisiert werden soll, wie es die Grünen fordern, oder wie geplant auf 43 Prozent des Durchschnittsverdienstes abgesenkt werden soll. Dass man sich aber hier auf die zuletzt veröffentlichte Prognose des Bundesarbeitsministeriums stützen wird, die bis 2045 sogar eine Absenkung bis auf 42 Prozent als »alternativlos« bezeichnet hat, steht außer Frage.

Der Fachkräftemangel, der seit Jahren als größtes Problem für die Entwicklung des Standorts Deutschland ausgemacht wird, ist der Hauptgrund für die Überlegungen zur Ausdehnung der Lebensarbeitszeit. Diese ist relativ zur zusteigenden Lebenserwartung in der Bundesrepublik bisher immer gesunken. Männer, die in den sechziger Jahren das 65. Lebensjahr erreichten, hatten im Schnitt noch etwa zwölf Jahre zu leben, mittlerweile sind es 18 Jahre.

Den Zahlen des Bundesarbeitsministeriums zufolge stieg dadurch der Zeitraum des durchschnittlichen Rentenbezugs auf zuletzt ungefähr 20 Jahre, während es 1957, nach der großen Rentenreform, noch neun Jahre waren. Sichtbar wird dies vor allem bei der Kritik an der Rente mit 63 für langjährig Beschäftigte, die gerade erst von der schwarz-roten Bundesregierung implementiert worden ist und demnächst schon Geschichte sein

könnte. »Die Rente mit 63 (...) wird vor allem von männlichen Facharbeitern genutzt, die wir eigentlich noch brauchen«, hatte CDU-Präsidiumsmitglied Spahn Ende Oktober in einem Interview mit der Rheinischen Post kritisiert und die Abschaffung des Modells unter großem Beifall aus seiner Partei und den Wirtschaftsverbänden als eine der ersten Maßnahmen einer neuen Bundesregierung gefordert.

Vor allem weil eine Absenkung des Rentenniveaus über die geplanten Maße hinaus **kaum mehr möglich erscheint**, bleibt die Erhöhung des Eintrittsalters – und damit auch die Reduzierung der Leistungen für diejenigen, die nicht bis dahin auf ihren Arbeitsplätzen durchhalten- die am nächsten liegende Alternative. Die Beitragsobergrenze für Bezieher von Gehältern über der Sozialversicherungsgrenze, das Ausscheiden der Beamten aus der Beitragsgemeinschaft und die Nichtversicherungspflicht für Selbständige, also die fehlende Integration der potentiell und zumeist auch real einkommensstärksten Teile der Bevölkerung, stehen offenbar nicht zur Debatte. Insbesondere die beiden kleinen zukünftigen Koalitionspartner würden dies als Angriff auf die eigene Wählerklientel deuten. So wird die Altersarmut bisher ungeahnte Ausmaße annehmen. Hatte vor 1990 das Rentenniveau in der Bundesrepublik noch bei 70 Prozent des Lebensdurchschnittseinkommens gelegen, so führen die derzeit geltenden 48 Prozent bereits dazu, dass Angaben des Sozialverbands VdK zufolge fast 800 000 Rentnerinnen und Rentner in Mini- oder Vollzeitjobs ihre Renten aufbessern müssen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hatte bereits 2012, als die Reduzierung auf 43 Prozent bis 2030 beschlossen worden war, geschätzt, dass dann etwa 30 Prozent der Menschen in Rente ergänzende Sozialhilfe beantragen müssten. Man ist dann nicht mehr weit entfernt von den Plänen Bismarcks, der die Einführung der Rentenversicherung nach dem 70. Lebensjahr 1891 lediglich als »Sicherheitszuschuss zum Lebensunterhalt für die verminderte Erwerbsfähigkeit« verstanden wissen wollte, wie er damals im Reichstag ausführte.

Wie in vielen anderen Fällen auch zeigt sich, dass die verschärfte krisenbedingte Konkurrenz auch zwischen den Nationalökonomien nicht nur zu einer Ausdehnung der Produktion relativen Mehrwerts durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, sondern auch in zunehmendem Maße zu Plänen derer des absoluten Mehrwerts, dem »Heißhunger nach Mehrarbeit« (Marx), führen. »Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstages als Kampf um die Schranken des Arbeitstages dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, also der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse«, heißt es bei Marx. Und es sieht so aus, als würden erstere in Deutschland die nächste Offensive initiieren.